



Vorlage		Drucksachen-Nr: V/2018/269	
Erstellt durch: Amt 61 - Stadtplanung und Verkehr		Status: öffentlich	
Antrag zur kommunalen Entwicklungspolitik Hier: Antrag der Fraktion UBL im Rat der Stadt Herzogenrath vom 13.07.2018			
Beratungsfolge:		TOP: 8	
Datum	Gremium	Einst.	Ja
		Nein	Enth.
04.10.2018	Umwelt- und Planungsausschuss		

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt- und Planungsausschuss nimmt die Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis und lehnt den Antrag der Fraktion UBL ab.

Finanzielle Auswirkungen (einschl. Darstellung der Folgekosten – Sach- und Personalaufwendungen – sowie Folgeerträge):

1. Gesamtkosten

- ☐ Pflichtaufgabe
☒ Freiwillige Aufgabe

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung

- ☐ ja ☒ nein

☐ im Ergebnisplan bei Aufwandskonto

☐ im Finanzplan bei Investitionsnummer

Die Gesamtausgaben belaufen sich auf/betragen Euro.

Sachverhalt:

Mit Antrag vom 13. Juli 2018 stellt die Fraktion Unabhängige Bürgerliste Herzogenrath einen Antrag, die Verwaltung möge möglichst zeitnah einen Vorschlag zur Unterstützung der beiden überaus wichtigen Themen Klimaschutz und Entwicklungspolitik machen.

Der Antrag der UBL-Fraktion nimmt Bezug auf die politische Beratung zum in der Sitzung vom 09.12.2014 beschlossenen Integrierten Klimaschutzkonzept der Stadt Herzogenrath (Drucksachen Nr. V/2014/170-170-E02). Auf Anfrage bei der für die Bewilligung von Klimaschutzmanagement-Stellen zuständigen Projektträger Jülich (PTJ), Geschäftsbereich Umwelt (UMW) – Klimaschutz –, Forschungszentrum Jülich GmbH in Berlin ist, wie bereits im Jahre 2014 - auch heute noch zwingende Fördervoraussetzung für eine entsprechende Stelle ein Klimaschutzkonzept, dessen Beschluss nicht älter als drei Jahre alt sein darf.

Da das Integrierte Klimaschutzkonzept der Stadt Herzogenrath in der Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses vom 09.12.2014 beschlossen wurde, erfüllt die Stadt Herzogenrath diese zwingende Fördervoraussetzung nicht mehr, sodass die Stadt Herzogenrath nunmehr auf eigene Kosten ein neues Klimaschutzkonzept erarbeiten müsste, auf dessen Grundlage dann ein Antrag auf Förderung einer Klimaschutzstelle gestellt werden könnte. Für die Erarbeitung eines solchen Klimaschutzkonzeptes stehen derzeit weder personelle noch finanzielle Ressourcen zur Verfügung, sodass die Verwaltung vorschlägt, an dem im Jahr 2014 beschlossenen Integrierten Klimaschutzkonzept, das inhaltlich nach wie vor Gültigkeit hat, festzuhalten. Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, den Antrag der Fraktion UBL abzulehnen.

Rechtliche Grundlagen:

Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Klimaschutzinitiative.

Anlage:

Antrag der Fraktion UBL im Rat der Stadt Herzogenrath vom 13.07.2018



Stadt Herzogenrath				
Der Bürgermeister				
Eing.: 12. Juli 2018				
A93	+	R	Vb	tr

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Umwelt & Planung
Herrn Werner Spiertz
im Hause

UBL-MN 7/2018

Herzogenrath, 13. Juli 2018

Antrag zur kommunalen Entwicklungspolitik

Antrag:

Der Ausschuss für Umwelt und Planung beauftragt die Verwaltung, möglichst zeitnah einen Vorschlag zur Unterstützung der beiden überaus wichtigen Themen Klimaschutz und Entwicklungspolitik zu machen.

Begründung:

Immer mehr Kommunen engagieren sich für eine friedliche und nachhaltige Entwicklung nach Maßgabe der Agenda 2030 der Vereinten Nationen.

Entwicklungspolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Kommunen können dazu einen wertvollen Beitrag leisten – als Wissensträger, Trendsetter und Netzwerker. Rund 700 Kommunen sind mit ihren Partnern im Globalen Süden bereits mit uns in verschiedenen Schwerpunkten erfolgreich aktiv.

Dieser wichtigen Aufgabe hat sich bereits 1997 der Agenda-Beirat angenommen und die Verwaltung in vielen Punkten unterstützt und beraten. So hat z.B. der Rat der Stadt Herzogenrath nach Vorarbeit durch den Agenda-Beirat am 13.12.2011 beschlossen, ab 01.01.2012 eine neue Vergabeordnung anzuwenden. Seit 2014 hat der Agenda-Beirat aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr getagt.

Im Jahr 2014 hat die Verwaltung vorgeschlagen, den Agenda-Beirat in seiner damaligen Konstellation auslaufen zu lassen und zumindest in Teilen in ein neues kommunalpolitisches Instrument mit dem Schwerpunkt Klimaschutz (integriertes Klimaschutzkonzept) zu überführen.

In der Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses am 19.03.2015 wurde das integrierte Klimaschutzkonzept einstimmig beschlossen.

Aufgrund des Nothaushaltes wurde von der Einstellung eines ursprünglich vorgesehenen Klimaschutzmanagers abgesehen.

Sofern sich die finanziellen Rahmenbedingungen ändern, wollte die Verwaltung erneut die Beantragung eines Klimaschutzmanagers vorschlagen.

Seit dem 15.06.2018 hat die Stadt Herzogenrath den Nothaushalt verlassen.

Die Themen Klimaschutz und Entwicklungspolitik sind seit der Jahrtausendwende und vor allem in den letzten Jahren noch wichtiger geworden als früher.

Mittlerweile gibt es eine „Servicestelle Kommunen in der „Einen Welt“ (www.kommunal-global-engagiert.de), die im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) tätig ist.

Diese Servicestelle unterstützt Kommunen vor allem bei Fragen und Aufgaben, für die früher der Agenda-Beirat zuständig war.

Eine Einführung in die Arbeit und Aufgaben der Servicestelle ist als Anlage beigelegt. Auf Seite 6 unter „Was kostet das?“ ist im 2. Absatz ausgeführt:

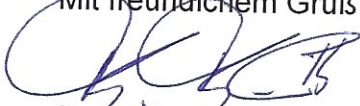
„Niemand da, der sich in Ihrer Kommune umfassend um die Verankerung solcher Vorhaben kümmern kann?“

Dann sprechen Sie uns auf die Förderung einer Personalstelle an, über die entwicklungspolitisches Engagement koordiniert und umgesetzt wird.

Für alle finanziellen Fördermöglichkeiten muss die Kommune nur einen Eigenanteil von mindestens 10% erbringen, was das besondere Bundesinteresse an kommunalem Engagement verdeutlicht.“

Da Herzogenrath mit Verlassen des Nothaushaltes wieder die Voraussetzungen zu hat, Klimaschutz und Entwicklungspolitik zu unterstützen, fordern wir die Verwaltung auf, einen Vorschlag zur Unterstützung der beiden überaus wichtigen Themen Klimaschutz und Entwicklungspolitik zu machen.

Mit freundlichem Gruß



Bruno Barth
Fraktionsvorsitzender UBL